

# GÖTTINGER BLÄTTER

Mai  
2024

Die Linke im Kreistag ★ VVN ★ FG Cuba ★ DKP ★ Grobian ★ GoLinke



## ver.di kritisiert Vorstoß der SPD und der Grünen zur Änderung des niedersächsischen Kita-Gesetzes - "Vorschläge führen zu einer weiteren Verschlechterung der pädagogischen Qualität in den Kitas"

Auf Initiative der SPD und der Grünen wird sich der niedersächsische Landtag in der kommenden Woche mit einer Änderung des Kita-Gesetzes befassen. Dem bereits vorliegenden Vorschlag zufolge sollen bisherige Qualitätsstandards befristet gesenkt werden: pädagogische Assistenzkräfte als pädagogische Fachkräfte im Kindergarten eingesetzt werden können, die verbindliche Einführung der dritten Kraft in den Krippen wird noch einmal um ein Jahr auf den 01.08.2026 verschoben, die sogenannte Randzeiten-Ausnahmeregelung soll verlängert werden. "Diese Maßnahmen führen zu einer weiteren qualitativen Verschlechterung der Situation in den Einrichtungen. Sie tragen auch nicht zur Entlastung der Beschäftigten in den Kitas bei. Vielmehr befürchten wir, dass die geplante Änderung des Kita-Gesetzes zu einer weiteren Abwanderung der Fachkräfte führen wird", sagt Andrea Wemheuer, Leiterin des ver.di-Landesbezirks Niedersachsen Bremen. "Uns ist die belastende Situation der Eltern durch kurzfristige Ausfallzeiten aufgrund der fehlenden Fachkräfte sehr bewusst. Die Qualitätsstandards jedoch abzusenken und keine flankierenden Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die das System wirklich stabilisieren und für mehr pädagogische Qualität und Entlastung der Beschäftigten sorgen, wird dazu führen, dass sich die Notsituation in den Kitas weiter verschärft", sagt die zuständige ver.di-Fachsekretärin Katja Winglewski. Aus Sicht der Gewerkschaft sind zur Verbesserung der strukturellen Rahmen- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten, die Kinder und

gemein!



die Eltern dringend Maßnahmen und finanzielle Mittel notwendig, statt den Versuch zu unternehmen, wie es der Gesetzentwurf vorsieht, die Probleme in den Kitas kostenneutral zu lösen.

ver.di setzt sich seit Langem für eine Entlastung der Beschäftigten in den Kitas und eine Ausbildungsinitiative ein, um Fachkräfte zu halten und neue zu gewinnen. "Wir fordern unter anderem einen kindgerechten Fachkraft-Kind-Schlüssel, verbindliche Regelungen zur Freistellung von Praxisanleitung und die Entlastung für pädagogische Fachkräfte durch mehr Personal für nicht pädagogische Aufgaben wie bspw. hauswirtschaftliches und technisches Personal", sagt Andrea Wemheuer.

"Mit einer Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive können neue Fachkräfte gewonnen werden. Hierzu gehören die Ausweitung der Ausbildungskapazitäten zur Erzieher\*in und die Einführung einer praxisintegrierten vergüteten Ausbildung (PiA) zur Erzieher\*in auch in Niedersachsen. Die berufsbegleitende Weiterbildung von Sozialassistent\*innen zur Erzieher\*in muss in Vollzeit und entsprechender Vollzeitvergütung etabliert werden. Quereinstiege zur pädagogischen Fachkraft sollten durch Qualifizierungen stärker gefördert werden", so Wemheuer.

### im Internet

[https://www.goettinger-linke.de/goeblae\\_2023/](https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2023/)

### Kontakt

POST: Göttinger Blätter  
Lange Geismarstraße 2  
37083 Göttingen

Druck: Druckerei Wittchen  
Telefon: 05503 3008

### Inhalt

Wege zum Frieden	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. im Kreistag	6
Göttinger Linke	7
Göttinger Linke Ratsinfo	8

### Redaktionsschluss

für die Ausgabe 06.2024  
ist der 23. Mai  
Auslieferung 30. Mai

### Veranstaltungsankündigungen:

#### 1. Mai: Mai-Demonstration

11.00 Uhr Treffen am Platz der Synagoge mit Auftaktkundgebung  
12.00 Uhr Kundgebung und Mai-Fest auf dem Albaniplatz

#### 6. Mai, 13.00 Uhr, Stadtfriedhof

Auf dem Kriegsgräberfeld werden die 8 neu aufgestellten Grabmale für die Zwangsarbeiter\*innen eingeweiht

#### 8. Mai, 17.00 Uhr:

Stele an der Stadtbücherei, Innenstadt, Gedenken an den Tag der Befreiung vom Faschismus

#### 8. Mai, 19.00 Uhr:

Saal der Selbsthilfe Körperbehinderter, Plenum des Göttinger Friedensforum  
(goettinger-friedensforum@lists.posteo.de)

#### 22. Mai; 19.00 Uhr

Saal der Selbsthilfe Körperbehinderter, Kommunalpol. Arbeitskreis der Wähler\*innengemeinschaft  
Thema: Groner Landstr. 9/9a  
(s. auch Seite der Göttinger Linke)



## Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

<https://niedersachsen.vvn-bda.de> • <https://antifa.vvn-bda.de>

### Datumsänderung seitens der Stadt Göttingen für die Übergabe der Grabmale für Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen



Einweihung des Mahnmals vom 08. Mai 2023

Im letzten Jahr wurde am 08. Mai das Mahnmal für die in Göttingen während der Nazidiktatur ermordeten 161 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern feierlich an die Öffentlichkeit übergeben. Als Terminziel für die Übergabe der Grabmale für die einzelnen Zwangsarbeiter\*innen mit namentlicher Erwähnung war, wie auch in der Aprilausgabe der Göttinger Blätter kommuniziert, seitdem der 08. Mai 2024.

Allerdings, wie die Kreisvereinigung auf Nachfrage erfahren hat, in einem deutlich geringeren Umfang; von „schmucklos“ war die Rede. Vor allem aber wird die Übergabe nicht am 08. Mai, wie bisher bekannt, stattfinden, sondern nun am Montag, 06.05.2024.

Gründe für die Datumsänderung weg von dem historisch wichtigen Datum wurden nicht genannt; zum Stand des Redaktionsschlusses der aktuellen Ausgabe der Göttinger Blätter war es nicht möglich, die Kulturverwaltung für eine Stellungnahme zu erreichen.

Abgesehen von der Einladung durch den Fachdienst Friedhöfe gab

es von Seiten der Kulturverwaltung der Stadt Göttingen, welche für den Ablauf der Veranstaltung zuständig ist, bisher keine Informationen dazu, ob es durch die VVN-BdA einen Redebeitrag geben solle oder wir weitere Redner\*innen einladen sollen oder dürfen.

So bleibt die Vermutung, dass sich aus politischer Motivation bewusst dagegen entschieden worden ist. Sobald eine Stellungnahme dazu folgt, sollte es diese denn geben... Spannend war allerdings auch eine Aussage, dass die namentliche Erwähnung der Ermordeten „auf Wunsch seitens der VVN hin“ erfüllt worden sei.

Brisant wenn man bedenkt, dass nach europäischem Recht, welches nach der Niederschlagung der Nazidiktatur im Bezug auf die Pflege von Kriegsgräbern festgelegt wurde, die namentliche Erwähnung und, vor allem, Erhaltung der Gräber sicher gestellt werden muss.

Dass die Grabstätten umgebettet wurden und daraufhin keine Dokumentation darüber vorgenommen wurde, wohin, hat selbst die

### Termine:

**Montag, 06. Mai 24, 13:30 Uhr,**  
Göttinger Stadtfriedhof, Kasseler  
Landstraße 1

Einweihung der Grabmale für die in Göttingen ermordeten und auf dem Friedhof beigesetzten Zwangsarbeiter\*innen

**Mittwoch, 08. Mai 2024, 17 Uhr,**  
Gedenkstein „Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft“, Stadtbibliothek Göttingen, Gotmarstr. 8

Feier und Gedenken zum Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und vom Zweiten Weltkrieg,

**Dienstag, 14. Mai 24, 16:30 Uhr**  
Antifaschistischer Stammtisch  
Treffpunkt ist das „Cafe INTI“,  
Wilhelmsplatz, Göttingen.

Antifaschist\*innen aus dem Raum Göttingen und Umgebung besprechen bei den Treffen geplante und potenzielle Vorhaben und alles, was noch politisch in Göttingen ansteht.

**Sonntag, 2. Juni 2024,**  
Ausstellungsraum „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939-1945“, Godehardstraße 11, Göttingen

„Wie Sklaven behandelt.“ Italienische Gefangene in Südniedersachsen, Eine Führung durch die Ausstellung Führung, Workshop und Eintritt zur Ausstellung ist frei, Spenden erwünscht. Für Besucher\*innen ist die Ausstellung außerdem von 14 bis 17 Uhr geöffnet.

Deutsche Kriegsgräberfürsorge auf den Plan gerufen.  
Die Stadt Göttingen allerdings scheint sich dessen nur wenig gestört zu haben.

## Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen  
e-mail: [goettingen@fgbrdkuba.de](mailto:goettingen@fgbrdkuba.de) • [www.fgbrdkuba.de](http://www.fgbrdkuba.de)

### Mitgliederversammlung:

**14. Mai, 19.00 Uhr, Kleiner Ratskeller, Judenstraße**



## 🔴 Kuba in zwei wichtige UN-Gremien gewählt

Kuba nun Mitglied der Kommission für Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege und der Kommission für soziale Entwicklung. – Wahl erfolgte einstimmig.

<https://cuba-si.org/2811/kuba-zwei-wichtige-un-gremien-gewählt>

Kuba wurde am 9. April 2024 von den Vereinten Nationen zum Mitglied der Kommission für Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege (Zeitraum 2025-2027) und der Kommission für soziale Entwicklung (Zeitraum 2025-2029) gewählt.

Als Mitglied der Kommission für Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege wird Kuba aktiv zu den weltweiten Bemühungen zur Bekämpfung der nationalen und grenzüberschreitenden Kriminalität beitragen.

Im Falle der Kommission für soziale Entwicklung handelt es sich um das Gremium, in dem die aktuellsten großen globalen Herausforderungen wie die Beseitigung der Armut, die Verringerung der Ungleichheit und der Schutz der Umwelt behandelt werden.

Die Wahl Kubas erfolgte per Akklamation und war ein Beweis für die breite Anerkennung der kubanischen Arbeit durch die internationale Gemeinschaft.

*Außenministerium von Kuba, 9. April 2024*



### EINE MILLION UNTERSCHRIFTEN.

Für die Streichung Kubas von der Liste der staatlichen Unterstützer des Terrorismus und ein bedingungsloses Ende der Blockade.

Aufruf:

**Kuba lebt und leistet Widerstand!**

**Homepage:**

**CUBA VIVE Y RESISTE !**

## 🔴 Einwohner der USA können verderbliche Fracht nach Kuba senden

**Aerovaradero und Cubamax bieten ab sofort Speditionsdienstleistungen für verderbliche Güter an**

Autor: Susana Antón Rodríguez  
[susana@granma.cu](mailto:susana@granma.cu)

Das kubanische Unternehmen Aerovaradero und das US-Unternehmen CubaMax haben einen Vertrag über die Erbringung von Speditionsdienstleistungen unterzeichnet. Durch dieses Dokument, so erklärte Mayelín Gotera López, Generaldirektorin des nationalen Unternehmens, gegenüber Granma, werden die Kunden von CubaMax in den USA in der Lage sein, verderbliche Waren auf dem Luftweg zu versenden.

Bei diesen Waren handelt es sich um Fleischprodukte mit besonderen Anforderungen an Transport und Logistik, einschließlich der Aufrechterhaltung der Kühlkette.

Im Rahmen der II. Internationalen Transport- und Logistikmesse (FITL 2024) betonte Gotera López, dass Aerovaradero über Kühlboxen verfügt, um die Ladung während des Transports aufzubewahren, so wie über alle Zoll- und Hygienekontrollen, um die erforderlichen Sicherheitsstandards einzuhalten. Sie fügte hinzu, dass diese Art von Ladung vorerst nur in Havanna verteilt wird, und dass der Prozess von einem Kleinst-, Klein- und Mittelbetrieb durchgeführt wird, der über die nötigen Transportmittel verfügt, um sie kühl zu halten. Der Transport erfolgt bis zum Wohnsitz der Begünstigten.

Er wies darauf hin, dass die Bedingungen zwar nur für Havanna gegeben sind, dass aber eine

Ausweitung auf andere Provinzen des Landes geplant ist.

Vor der Vertragsunterzeichnung, so heißt es in der Richtlinie, wurde am 3. April ein Pilotversuch durchgeführt, und die Fracht wurde am folgenden Tag ohne Verzögerungen versandt.

Aerovaradero hat seit Juli 2023 einen Vertrag mit Cubamax, als das Unternehmen seinen Betrieb aufnahm, und ist aufgrund des monatlichen Frachtaufkommens zu einem der strategischen Partner des kubanischen Unternehmens geworden.



# GROBIAN GRONER BÜRGER INITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- Mail: grobian-grone.web.de
- Treffen: Montags, 19.00 Uhr



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer  
BILDUNGSMONITOREN e.V.

## 🔴 Die Prüfungsgemeinschaft bei der LEG lud Politik und Verwaltung zum Gespräch ein...

...und es kamen neben den Mitgliedern der Prüfungsgemeinschaft die Ortsbürgermeisterin, ein Vertreter des Mieterbundes, eine Vertreterin der Grünen im Ortsrat, der Fraktionsvorsitzende der Wähler\*innengemeinschaft Göttinger Linke sowie deren Fraktionsmitarbeiter sowie drei Mitarbeiter der Stadtverwaltung und ein Mitglied der Landkreisverwaltung. Hendrik Falkenberg, ebenfalls Ortsratsmitglied (für die Göttinger Linke) engagierte sich in der Prüfungsgemeinschaft und war somit ebenfalls anwesend.

Am 17. April trafen sich die o.g. im Groner Bürgerhaus. Hierzu Falkenberg und Zimmermann von der Prüfungsgemeinschaft: „Es war ein durchweg konstruktiver Informationsaus-

austausch über die nach Versendung der geänderten Nebenkostenabrechnungen der LEG entstandene Situation“.

Leider war eine repräsentative Darstellung der durch die LEG vorgenommenen Veränderungen in der Kürze der Zeit (seit die Abrechnungen bei den Mieter\*innen angekommen sind) noch nicht möglich. Deutlich wurde aber, dass vom Kurs der Prüfungsgemeinschaft – Einblick und Prüfung aller Belege – nicht abgewichen werden wird.

Sowohl im Nachbarschaftszentrum ein, die eingescannt und miteinander verglichen werden müssen. Dabei treten wieder auch weitere Mieter\*innen der Prüfungsgemeinschaft bei.

Und immer mehr Mieter\*innen fragen nach, was denn nun getan werden muss. Dazu, so ein Ergebnis des o.g. Treffens, wird es in den kommenden Tagen eine Information seitens der Sozialverwaltung hinsichtlich ihrer Leistungen geben, damit an diesem Punkt präziser beraten werden kann. Nachdem die LEG ihre eigene, geplante Mieter\*innenversammlung Anfang April zwar gegenüber der Stadt abgesagt hatte, aber die Mieter\*innen nicht informierte, hat die Prüfungsgemeinschaft nun ihrerseits für den 30. April in die Groner Mehrzweckhalle zu einer entsprechenden Versammlung eingeladen, wo sie über ihre Ergebnisse berichten und gemeinsam die weitere Strategie gegenüber der LEG diskutieren will (leider nach unserem Redaktionsschluss). (gs)

## 🔴 LEG – Spielplatz in der Harzstr.: Rutsche weiterhin gesperrt!

Seit Juni / Juli 2022 abgesperrt (Wir berichteten darüber), mehrfach im Ortsrat und bei der Verwaltung der Stadt angemahnt, wurden die tragenden Teile nun Anfang April (mehr als 1 ½ Jahre später!) ausgetauscht, eine Arbeit von drei/vier Tagen (auf dem Foto deutlich erkennbar). Wäre das nicht auch schon 2022 möglich gewesen?

Aber nun: Seit vier Wochen tut nichts! Die Rutsche als attraktivstes Spielgerät auf diesem Platz ist weiterhin gesperrt – wobei sich die Kinder schon einen Zugang zu verschaffen wissen, wie ebenfalls auf dem Foto zu erkennen ist.

War der neue Spielplatz hinter dem Haus Deisterstr. 23 „pünktlichst“ (es wurde sogar bis nachts gearbeitet) zum Stadtrundgang der LEG fertiggestellt, drängelt es hier wohl nicht so arg ...

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!  
(gs)





Linke für Vernunft und  
Gerechtigkeit

im Kreistag Göttingen

## ▶ ÖPNV im Landkreis bleibt Großbaustelle

Mit der Einführung des 49-Euro-Tickets, dies sei vorweg bemerkt, ist natürlich ein großer Durchbruch in der Tarifgestaltung des ÖPNV gelungen. In vielen Kommunen, so auch in Göttingen, lagen die Preise herkömmlicher Monatskarten zuvor noch höher, ganz zu schweigen von den Preisen, die Kunden im ländlichen Raum bisher zu zahlen hatten. Dabei hatte es im Verkehrsverbund Süd-Niedersachsen (VSN) ja schon vor einigen Jahren eine Tarifreform mit zum Teil erheblichen Preissenkungen gegeben, die unter anderem auf das Wahlversprechen des damaligen Landrates Reuter zurückgingen, der für eine Fahrt im VSN einen Höchstpreis von 5 Euro gefordert hatte. Auch war in die Tarifreform die Einführung eines Sozialtickets eingegangen, welche in der vergangenen Wahlperiode von der damaligen Kreistagsgruppe Linke/Piraten/Partei beantragt worden war.

Nun könnte man meinen, jetzt, wo alles so preiswert geworden ist, müssten alle Nutzer des ÖPNV rundum zufrieden sein. Dabei ist die Preisgestaltung aber nur eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist das Verkehrsangebot, das von den Aufgabenträgern tatsächlich vorgehalten wird.

Und gerade hier klaffen die Realitäten weit auseinander. Während es innerhalb des Göttinger Stadtgebietes und auch im ländlichen Raum überall dort, wo es Schienenpersonennahverkehr gibt, noch recht gut aussieht, haben viele Menschen die in Bereichen leben, die nur von Überland-Bussen bedient werden kaum die Möglichkeit, den preiswert gewordenen ÖPNV überhaupt zu nutzen.

Aktuelle Datenerhebungen zeigen nämlich, dass selbst auf eher stark frequentierten Linien ein Bus pro Stunde das höchste der Gefühle ist. Auch wo dieser Wert erreicht wird basiert er aber meist darauf, dass

der Schulbusverkehr zu bestimmten Zeiten ein gerade noch akzeptables Angebot gewährleistet. Außerhalb der Schulzeiten wird es dann sehr schnell ziemlich dünn und nach 20 Uhr werden viele Relationen gar nicht mehr bedient. Und in mehreren Mitgliedsgemeinden der Samtgemeinden Dransfeld, Radolfs- hausen und Gieboldehausen fahren Sonntags genau Null Busse ab, gleiches gilt für die meisten Ortschaften der Gemeinde Gleichen.

Wenn es demnächst dann um die Erarbeitung eines neuen Nahverkehrsplans geht, der diesmal für die Stadt Göttingen und das Umland gemeinsam erstellt wird, gibt es viel zu tun. Allerdings: Nicht nur die Beseitigung weißer Flecken auch durch neue, kreative Möglichkeiten wie etwa On-Demand-Angebote wird dabei diskutiert werden müssen; auch eigentlich gut konzipierte Lösungen, die bereits umgesetzt wurden, bringen nicht immer zufriedenstellende Ergebnisse. So wurde etwa der Bahnhof Herzberg vor einigen Jahren barrierefrei ausgebaut und ein planmäßig guter Anschluss von und nach Osterode realisiert. Leider ist dieser so knapp bemessen, dass gerade die mobilitätseingeschränkten Personen oft das Nachsehen haben und ihren Anschluss verpassen.

Ein großes Problem stellt nämlich gerade im Schienenpersonenverkehr in den zurückliegenden Jahrzehnten erfolgte Rückbau der Infrastruktur dar. Zahlreiche Strecken werden nur noch eingleisig betrieben, dadurch werden die Möglichkeiten in der Fahrplangestaltung natürlich reduziert. Außerdem pflanzen sich auf diese Weise Verspätungen fort, da Züge an Ausweichstellen den Gegenzug abwarten müssen. Es sei denn, dieser startet pünktlich um nicht weitere Verspätungen zu verursachen, wodurch aber Reisende, wie in Herzberg, dann ihre Anschlüsse nicht

### Kontakt

**Linke für Vernunft  
und Gerechtigkeit  
im Kreistag Göttingen**

Kreistag, Zimmer 66  
Reinhäuser Landstr. 4  
37083 Göttingen

Tel. 0551/525 - 2108

[dieleinke@landkreisgoettingen.de](mailto:dieleinke@landkreisgoettingen.de)  
[www.wastun-goettingen.de](http://www.wastun-goettingen.de)

Sprechzeiten: Montag 10 bis 12 Uhr  
+ Donnerstag 14 bis 15.30 Uhr



mehr bekommen. Zu wünschen wäre also auch ein Ausbau der Bahninfrastruktur, damit man sich in Zukunft von Fahrplänen verabschieden kann, die nur ausnahmsweise und mit Glück eingehalten werden können.

## ▶ Nachruf Carlo Bleichert

Carlo Bleichert ist am 9. April nach langem schweren Leiden mit knapp 70 Jahren verstorben. Carlo, der 1998 für die PDS in Bad Gandersheim aktiv geworden ist, erwarb sich dort als Ratsmitglied von 2006 bis 2016 große Anerkennung und hatte sich als bekennender Antifaschist erfolgreich für das Gedenken an die NS-Opfer eingesetzt. Er organisierte antifaschistische Demonstrationen. Er war in den 2010er Jahren Landes- sprecher der LAG Antifaschismus der Linkspartei und Kreisvorsitzender des KV Northeim.

Schon von schwerer Krankheit gezeichnet hat er im letzten Lebensjahr niemals seinen Lebenswillen verloren und die aktuelle politische Situation weiter verfolgt. Carlo, wir werden Dich nicht vergessen!

Wähler\*innengemeinschaft

**Göttinger Linke**

Spendenkonto:  
IBAN: DE75 5209 0000 0041 1265 07

## Kommunale Genderpolitik von links- Da geht was im Göttinger Frauen\*forum

Im Programm der Wähler\*innengemeinschaft Göttinger Linke (S. 20 ff) sind diverse Forderungen für eine gendergerechte Kommunalpolitik festgehalten: Unter anderem die umfassende Umsetzung der europäischen Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen auf kommunaler Ebene.

Dies ist nach wie vor bitter nötig: Schon im Wahlprogramm von 2021 wird festgestellt, dass es jeden Tag einen Tötungsversuch an einer Frau gibt und dies fast jeden 3. Tag gelingt - in Deutschland wohlbermerkt.

Gerade kürzlich ist ein solcher Femizid buchstäblich vor unserer Haustür in Grono geschehen. Dabei sind „die Ursachen für Tötungen von Frauen nicht, wie medial oft dargestellt, ein vermeintlicher Migrationshintergrund oder eine psychische Störung des Täters, sondern vielmehr gesellschaftlich tief geprägte patriarchale Muster und eine mangelnde Gleichstellung von Frauen.“ (Homepage des Bundesverbandes der Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe in Deutschland, bff)

Frauen werden von ihren (Ex-) Partnern umgebracht, weil sie ein freizeitleiches, gleichberechtigtes Leben führen wollen und ihnen dies aus Sicht der Täter als Frauen nicht zusteht.

Das Frauenforum Göttingen setzt sich seit Jahrzehnten auf kommunaler Ebene und zu überregionalen Themen für Gendergerechtigkeit ein. Hier sind die Gleichstellungsbüros von Stadt und Landkreis Göttingen vertreten sowie eine Vielfalt an zivilgesellschaftlichen, professionellen und (partei-) politischen Organisationen und Einzelpersonen. Die Verfasserin dieser Zeilen arbeitet seit über 20 Jahren sozialpädagogisch mit psychisch erkrankten Frauen, die zum überwiegenden Teil durch erlittene Gewalt traumatisiert und dadurch in

ihren Teilhabemöglichkeiten eingeschränkt sind. Bei dieser Arbeit kann nicht nur der Einzelfall betrachtet und bearbeitet werden, sondern es gehört die genderpolitische Mitarbeit im Frauenforum selbstverständlich dazu.

Es ist aber ebenso wichtig, die linke Gedanken in dieses Forum einzubringen: Nämlich den Ansatz, dass es auch auf die finanzielle Situation der Betroffenen ankommt, wie stark sie der Diskriminierung ausgeliefert sind. Dies betrifft z.B. Allein-erziehende oder auch Gewalt-betroffene, die sich durch finanzielle Abhängigkeit und Bedürftigkeit in besonders schwierigen Lebenslagen befinden.

So macht es Sinn, als Wähler\*innengemeinschaft Göttinger Linke im Frauenforum vertreten zu sein. Auch zu überregionalen Themen kann man sich dort engagieren. So hat die Verfasserin im letzten Jahr im Rahmen der Interkulturellen Woche mit einer Kleingruppe eine Veranstaltung zum Thema „Frauen in Afghanistan“ durchgeführt, an deren Gesamtprogramm die Göttinger Linke digital beteiligt war. Die genderpolitischen Forderungen aus unserem Wahlprogramm sind noch lange nicht erfüllt. Mit dem Engagement im Frauenforum Göttingen arbeiten wir dran. (bs)

### Kontakte:

#### Wähler\*innengemeinschaft Göttinger Linke

Rotes Zentrum,  
Lange Geismarstraße 2  
37073 Göttingen  
[www.goettinger-linke.de](http://www.goettinger-linke.de)

#### SprecherInnenkreis:

Dr. Eckhard Fascher, Sylke Jarosch,  
Jost Leßmann, Bärbel Safieh, Christa  
Siebecke, Dr. Gülsan Yalçın

#### Schatzmeister:

Gunnar Siebecke

[sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de](mailto:sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de)

#### Gruppe Grono:

[grone@goettinger-linke.de](mailto:grone@goettinger-linke.de)

#### Gruppe Gleichen:

[gleichen@goettinger-linke.de](mailto:gleichen@goettinger-linke.de)

#### Fraktion Göttinger Linke

##### im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4. Stock)

Hiroshimaplatz 1-4

37083 Göttingen

Telefon 0551 - 400 2347

[goelinkelratsfraktion@goettingen.de](mailto:goelinkelratsfraktion@goettingen.de)

#### Fraktionsmitarbeiter:

Oliver Preuß

#### Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 - 12:00 Uhr

Mi: 13:00 - 16:30 Uhr

Do: 10:00 - 12:00 Uhr

#### Fraktionssitzung:

Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

#### Mandatsträger\*innen:

Nornia Marcienkiewicz  
Jost Lessmann (Fraktionsvorsitzender),  
Torsten Wucherpfennig

## Kommunalpolitische Arbeitskreise

**am Mittwoch, 22. Mai, 19 Uhr im Saal der Selbsthilfe  
Körperbehinderte, Neustadt 7, Göttingen**

Thema:

*Umgang mit den Menschen im Problemkomplex Groner Landstr. 9  
Groner Landstr. 9, das sind katastrophale Wohnbedingungen, Vermüllung,  
Polizeieinsätze, Hausdurchsuchungen bzw. „Begehungen“ und  
rechtswidrige wochenlange Abriegelung in der Coronazeit. Wie kann den  
Betroffenen geholfen werden?*

**Mittwoch, 12. Juni, 19 Uhr in der Zwangsarbeiterausstellung, BBS II,  
Godehardstr. 11, Göttingen**

Thema:

*Erhalt der Zwangsarbeiterausstellung*

## Statement zum Polizeieinsatz in der Groner Landstraße 9 a-b am 09.04.24

Bei dem gestrigen Großeinsatz der Polizei in der Groner Landstraße 9 und 9a-b wurden fast 300 Wohnungen durch Beamt\*innen ab 6 Uhr morgens in einem martialischen Auftritt kontrolliert. Die Stadtverwaltung erteilte diesen Auftrag an die Polizei, da teilweise auch Bewohner\*innen aus dem Komplex Beschwerden zu Wohnverhältnissen an die Stadt richteten. Im Zuge dessen hat die Polizei Göttingen auf fragwürdige Weise einen eigenen Großeinsatz mit dem Auftrag der Stadt Göttingen kombiniert und die Bewohner\*innen dadurch zu einer mehrstündigen Belagerung gezwungen.

„Man will sich gar nicht vorstellen wie es sich anfühlt, wenn dutzende Polizeiwagen rund um das Haus stehen und ab 6 Uhr morgens bewaffnete Polizist\*innen sowie Menschen in Ganzkörperschutzanzügen an der Tür klingeln“, kommentiert der Fraktionsvorsitzende der Göttinger Linke Ratsfraktion Jost Leßmann. „Die Menschen in dem Gebäudekomplex leben bereits in einem Ausnahmezustand, der sich durch solch gezielte Gewaltkonfrontationen nur noch verschlimmern wird. Wir fordern eine

konstruktive Politik, die sich tatsächlich mit den Ängsten und Sorgen der Bewohner\*innen auseinandersetzt, anstatt mit brachialer Gewalt eine dystopische Atmosphäre zur Durchsetzung von Gewalt zu etablieren“, fügt Leßmann hinzu.

Gerade im Hinblick auf das Vorgehen gegen die Bewohner\*innen während der Pandemie kann hier die Frage gestellt werden, warum die Stadt Göttingen wiederholt ein so provokatives und gewaltvolles Mittel einsetzt, anstatt deeskalierend und kooperativ mit den Menschen umzugehen. Wir verurteilen es scharf, dass Stadt und Polizei Gewalt als Mittel einsetzen, um - wie die Stadt es selbst sagt - die Lebenssituation der Menschen im Gebäudekomplex zu verbessern. Anstatt Probleme zu lösen, wurden Retraumatisierungen und Stigmatisierungen der Bewohner\*innen in Kauf genommen. Die Menschen, die in der Groner Landstraße 9, 9a-b wohnen, werden von der Gesellschaft bereits ausgegrenzt. Durch Einsätze wie diesem verfestigen sich diskriminierende Strukturen, die weder den Bewohner\*innen noch der Stadt Göttingen helfen. Für uns ist klar: Gewalt ist keine Lösung!

## Antwort auf Anfrage des Göttinger Tageblatts zu städtischen Kitas vom 17.04.2024

Derzeit informiert die Göttinger Stadtverwaltung Eltern, deren Kinder in städtischen Kitas betreut werden, darüber, dass sie bis zum 30.4. nachweisen müssen, dass sie einen Ganztagsbetreuungsplatz für das Kind brauchen. Wer das nicht nachweisen kann, soll einen Änderungsvertrag unterschreiben, der nur noch einen Dreivierteltagsplatz zusichert. Wer weder nachweist noch unterschreibt, bekommt zum 31.7. fristgerecht die Kündigung. Hintergrund ist natürlich der Mangel an Erzieherinnen und Erziehern.

Können Sie uns bitte mitteilen, wie ihre Stadtratsfraktion im zu diesem Thema steht.

*Die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Göttinger Linke Ratsfraktion Christa Siebecke, die auch in den Jugendhilfeausschuss entsandt ist, erklärt es wie folgt: "Dieses Notfallhandeln - in diesem Fall einer städtischen Kita - trifft Eltern und Kinder. Dass es zu solchen Notfällen kommen wird, ist schon lange bekannt. Mahnungen und Warnungen, dass zu wenig sozialpädagogische Fachkräfte ausgebildet werden und die Ausbildung bezahlt werden muss, um sie attraktiv zu machen, gibt es bereits seit sehr vielen Jahren. Solange keine Veränderung in der Ausbildungspraxis eintritt, um den Fachkräftemangel zu beheben, werden immer die Eltern diejenigen sein, die mit Notlösungen vorliebnehmen müssen."*

### Kontaktdaten

#### Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4.Stock)  
Hiroshimaplatz 1-4  
37083 Göttingen  
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:  
Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 - 12:00 Uhr

Mi: 13:00 - 16:30 Uhr

Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionsitzung:

Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

## Statement zur Verabschiedung des interfraktionellen Antrags zur Ächtung des N-Wortes:

Es ist unsere Pflicht als politische Vertreter\*innen unserer Gemeinschaft, ein deutliches Signal gegen Diskriminierung zu setzen, für die Würde aller Menschen einzustehen und sich für eine inklusive und gerechte Gesellschaft einzusetzen.

„Es ist nur ein kleiner Schritt im Kampf gegen Rassismus - aber ein wirksamer. Das N-Wort wird heutzutage immer noch an Orten des Alltags verwendet. Als Stadtpolitik müssen wir uns an die Seite derer stellen, die unter Rassismus in unserer Stadt leiden“, kommentiert die sozialpolitische Sprecherin der Göttinger Linke Ratsfraktion Nornia Marcinkiewicz. Mit Blick auf die Diskussion im Stadtrat ergänzt sie: „Dass wir noch viele weitere Schritte gehen müssen, um eine diskriminierungsfreie und faire Gesellschaft aufzubauen, ist klar. Fangen wir doch damit an, tief rassistische Begriffe wie das N-Wort zu ächten“.



# Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen

Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen,  
<https://goettingen.dkp.de> ★ [goettingen@dkp.de](mailto:goettingen@dkp.de)



# DKP

Deutsche Kommunistische Partei

## ▶ Miteinander statt Gegeneinander!

Gegen den undemokratischen Umgang der Stadt Göttingen mit dem Radentscheid

Am 9. Juni steht neben den Wahlen zum Europäischen Parlament für die Göttinger Bürger\*innen auch noch der Radentscheid auf dem Zettel. Und ganz gleich, wie man zu den konkreten Vorhaben der beiden Entscheide steht, eins sollte man nicht tun: sich auf den Umgang der Stadtverwaltung mit den Anliegen einlassen.

„Wer für den Radentscheid abstimmt, muss wissen, dass das Geld an anderer Stelle fehlt“, verkündete OB Broistedt. Spätestens damit war der Ton der öffentlichen Debatte gesetzt. Es geht nicht mehr um die Frage, wie man die Verkehrssituation verbessern könnte. Dabei lässt die in Göttingen ja für alle Beteiligten zu wünschen übrig, ob nun Fußgänger\*innen, Rad- oder Autofahrer\*innen oder Nutzer\*innen des ÖPNV.

Stattdessen herrscht nun die Angst vor Kürzungen und Einsparungen. Die ersten Sportvereine haben bereits dazu aufgefordert, beim Radentscheid mit Nein zu stimmen. Der FC Grone verweist völlig zurecht darauf, dass die Arbeit der Vereine einen enorm wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenleben darstellt. Das sehen sicher auch die Unterstützer\*innen des Radentscheides so. Dass es jetzt so aussieht, als seien die dafür angetreten, anderen Akteur\*innen die Gelder abzujagen, ist nicht ihre Schuld, sondern liegt im Kalkül der Stadt. Die spricht mit der Ankündigung der Oberbürgermeisterin offen aus, was sie tut: teilen und herrschen. Verschiedene Anliegen werden gegeneinander ausgespielt. Die Stadt kann sich zurücklehnen und dabei zusehen, wie sich die Bürger\*innen um Gelder streiten, die sie ohnehin nicht ausgeben möchte. Und dieses Spiel kann und wird natürlich bei der nächsten Gelegenheit wiederholt werden: die Sportvereine wollen erneuerte Spielstätten? Dann müssen aber die

Schwimmbäder nochmal kräftig die Eintrittspreise erhöhen und die Beckentemperatur absenken. Die Stadtbibliothek will renoviert werden und Neuanschaffungen tätigen? Da muss wohl beim Museum oder beim Theater gespart werden und so weiter und so fort.

Damit erst gar keiner auf die Idee kommt, der Staat könne vielleicht doch etwas für die Finanzierung öffentlicher Anliegen tun, rechnete Broistedt schon im April vor, es gebe ein Defizit von 50 Millionen Euro im städtischen Haushalt. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer seien um 30 Millionen eingebrochen.

Einem nackten Mann, soll das wohl bedeuten, kann man nicht in die Tasche greifen. Ebenfalls im April sprach Broistedt allerdings gegenüber dem Tageblatt von einem „Rekordhoch“ an Gewerbesteuern von 180 Millionen Euro, die im Jahr 2023 eingenommen worden seien. Auch wenn nicht zu bezweifeln ist, dass die Stadt Göttingen nicht im Geld schwimmt, da die Unterfinanzierung der Kommunen von den höheren Ebenen systematisch hergestellt wurde, sind diese Aussagen doch zumindest inkonsistent und die Betonung der leeren Kassen im Zusammenhang mit dem Radent-

### Mitgliederversammlungen

**Dienstag, 4. Juni**

Bildungsthema Faschismus

**Dienstag, 18. Juni**

Auswertung der EU-Wahlen

Alle MV'en finden um 20.00 Uhr im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt

scheid ist offensichtlich eine städtische Empfehlung, mit Nein zu stimmen.

Dazu passt auch der weitere Umgang mit dem Bürgerbegehren: die Kosten der Umsetzung werden von der Stadt so hoch wie möglich angesetzt. Der dabei unterlaufene „Tippfehler“, der alles mal eben 9 Millionen Euro teurer aussehen lässt, sorgt dafür, dass der Radentscheid im Falle seiner Annahme vielleicht noch nachträglich wieder eingekassiert werden kann. Das alles spricht Bände und ist in höchstem Maße undemokratisch, genauso wie die Weigerung der Stadt, Flächen auf den Plakat-Aufstellern für die EU-Wahl für die Bewerbung des Radentscheids zur Verfügung zu stellen.

Wir stellen uns ganz klar gegen ein Ausspielen verschiedener Anliegen und den undemokratischen Umgang der Stadt mit dem Radentscheid! Wir beteiligen uns nicht an der von der Stadt geschürten Konkurrenzdebatte

sondern fordern eine stabile Finanzierung der Kommunen, die es ihnen ermöglicht, ihren Aufgaben gerecht zu werden.

Geld für Soziales statt für Rüstung und Krieg!

(sl)

